



Kommunalwahlen

Sperrklausel stärkt kommunales Ehrenamt als Fundament der Demokratie

Mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit hat der Landtag einer Sperrklausel von 2,5 Prozent für die Kommunalwahlen zugestimmt. Auf diese Weise soll die Funktionsfähigkeit der Räte und Kreistage gesichert und deren „Zersplitterung“ verhindert werden.

Durch die verabschiedete Änderung der Verfassung werden die kommunalen Parlamente gestärkt und damit auch die Kommunalpolitik vor Ort. Durch die Verankerung der Sperrklausel scheint der richtige Weg gefunden worden zu sein, den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen und der möglichst weitgehenden Beteiligung von Bürgergruppen gerecht zu werden.

Wenn die kommunalen Parlamente wegen einer fehlenden Zugangshürde durch die Zersplitterung in ihrer Funktionsfähigkeit und Handlungsfähigkeit bedroht sind, ist auch die Stärke unserer Kommunen bedroht. Auch in Zukunft soll in Kommunen die lokale Demokratie gelebt werden. Kommunales Ehrenamt ist das Fundament der Demokratie.

Maßnahmen gegen Unfall-Gaffer

Schaulustige sollen härter bestraft werden

Um künftig härter gegen Gaffer vorgehen zu können, die auf der Autobahn Unfallopfer filmen, fotografieren oder Rettungskräfte im Einsatz behindern, wird Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen unterstützen, wie Landesinnenminister Jäger mir auf meine Anfrage hin mitteilt.

Die Initiative sieht vor, das Strafgesetzbuch so zu erweitern, dass die Polizei künftig schon vor Ort Mobiltelefone von Personen beschlagnahmen kann, die Unfallopfer damit aufnehmen. Unter Strafe stellen kann man solche Gaffer bereits jetzt, da so der höchstpersönliche Lebensbereich verletzt wird.

Bisher sind eine Geldstrafe oder auch eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren möglich, allerdings sollte die Verurteilung dann auch tatsächlich sehr empfindlich ausfallen. Probleme mit Gaffern nehmen immer mehr zu, daher müssen die Strafen unbedingt abschreckend wirken. Das ist bisher offenbar nicht der Fall. Mehr: <http://kurzlink.de/GG160617>.

CDU Landesparteitag

Der Landesvorstand der CDU NRW wieder mit Rhein-Erft-Beteiligung

Am Wochenende trafen sich die Christdemokraten aus Nordrhein-Westfalen in Aachen zum Landesparteitag. Beschlossen wurde ein Leitantrag, der das Gegenkonzept zur rot-grünen Landespolitik darstellt: Wir wollen mehr Wirtschaftskraft, bessere Bildung und weniger Unterrichtsausfall, eine stärkere Polizei sowie mehr Investitionen in unsere Infrastruktur.

Mit der 27-jährigen Romina Plonsker zieht nach Bernhard Worms, Jürgen Rüttgers und Michael Breuer wieder ein CDU-Mitglied und erstmals eine Frau aus dem Rhein-Erft-Kreis in den Vorstand des größten deutschen CDU-Landesverbandes ein. Sie erzielte das elftbeste Ergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten, die sich den Delegierten zur Beisitzerwahl stellten, sowie das beste Ergebnis aller Kandidaten des CDU-Bezirks Mittelrhein.

Jetzt müssen wir gemeinsam vom neu gewählten Landesvorstand bis zum Ortsverband alles daran setzen, dass die CDU im Mai des kommenden Jahres die Landtagswahlen gewinnt und Nordrhein-Westfalen eine neue Landesregierung bekommt. Mehr zum Landesparteitag: <http://www.cdu-nrw.de/38lpt>.